

Stand: 10.02.2026 18:17:03

## Vorgangsmappe für die Drucksache 19/613

"Patientensouveränität stärken, Unabhängige Patientinnen- und Patientenberatung in Bayern ausbauen"

---

### Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/613 vom 06.03.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/1853 des GP vom 12.03.2024
3. Beschluss des Plenums 19/1943 vom 25.04.2024
4. Plenarprotokoll Nr. 17 vom 25.04.2024



## **Antrag**

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr, Thorsten Freudenberg, Stefan Meyer, Martin Mittag, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Carolina Trautner CSU**,

**Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Patientensouveränität stärken, Unabhängige Patientinnen- und Patientenberatung in Bayern ausbauen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass eine unabhängige Patientenberatung eine zentrale Rolle für eine Stärkung der Patientensouveränität spielt.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

- bei der Ausgestaltung der regionalen Informations- und Beratungsangebote der Stiftung Unabhängige Patientenberatung Deutschland (Stiftung UPD) die besondere Situation in Flächenstaaten berücksichtigt wird und in Bayern vier Beratungsstellen der Stiftung geschaffen werden,
- die Stiftung schnellstmöglich wieder ihre so wichtige Arbeit im Sinne der Patientinnen und Patienten aufnimmt,
- die Information und Beratung der Patientinnen und Patienten durch die Stiftung entsprechend den gesetzlichen Vorgaben barrierefrei erfolgt und die Informations- und Beratungsangebote über die derzeit verfügbare Onlineberatung hinaus noch leichter und umfassender digital zugänglich werden, insbesondere für Menschen, die die Angebote bislang nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten wahrnehmen können.

### **Begründung:**

Deutschland hat zwar ein sehr gutes, aber auch ein komplexes und kompliziertes Gesundheitssystem. Eine unabhängige Beratung in gesundheitlichen und gesundheitsrechtlichen Fragen ist für viele Patientinnen und Patienten deshalb von enormer Bedeutung. Sie soll helfen, sich im Gesundheitswesen zurechtzufinden, oder steht in psychischen Ausnahmesituationen bei. Zugleich trägt sie dazu bei, die Qualität der Leistungen im Gesundheitssystem zu steigern.

Die bisherige Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD), die bis zuletzt durch die UPD gGmbH geführt worden ist, hat bundesweit zum Ende des vergangenen Jahres ihre Beratungsarbeit eingestellt, nachdem die Trägerschaft zum 31.12.2023 auslief. Die

nach § 65b Abs. 1 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB V) vorgesehene Umwandlung der UPD in eine Stiftung bürgerlichen Rechts zog sich – zum Leid der Patientinnen und Patienten – länger hin als geplant; die Anerkennung der Stiftung durch die zuständige Berliner Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz erfolgte erst im Dezember des vergangenen Jahres.

Die Stiftung UPD hat ihre Beratungstätigkeit bislang noch nicht aufgenommen. Wann dies der Fall sein wird, ist derzeit ungewiss. Voraussichtlich wird es zunächst auch nur ein telefonisches und digitales Beratungsangebot geben, regionale Beratungsstellen werden wohl erst deutlich später folgen. In Bayern bietet erfreulicherweise der Münchener Gesundheitsladen e. V. auch aktuell eine Patientenberatung an, sodass der Wegfall der UPD zumindest teilweise kompensiert werden kann und die Akzeptanz und das Vertrauen in die Patientenberatung aufrechterhalten bleiben.

Bei der Ausgestaltung der regionalen Informations- und Beratungsangebote der Stiftung UPD besteht die Gefahr, dass für alle Länder jeweils nur eine einzelne Beratungsstelle vorgesehen wird. Das würde ein Ungleichgewicht zwischen Stadtstaaten und Flächenländern bedeuten und dem Beratungsbedarf der Menschen in den Flächenländern nicht gerecht werden. Im Interesse der Menschen, die eine persönliche Beratung vor Ort in Anspruch nehmen wollen, wären deshalb für Bayern vier Beratungsstellen der Stiftung UPD einzurichten, die schnellstmöglich ihre Arbeit aufnehmen sollten. Auch muss das Informations- und Beratungsangebot der Stiftung UPD künftig noch digitaler werden.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention**

**Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel,  
Dr. Andrea Behr u.a. CSU,  
Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Drs. 19/613**

**Patientensouveränität stärken, Unabhängige Patientinnen- und Patientenberatung in Bayern ausbauen**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung

Berichterstatter: **Sascha Schnürer**  
Mitberichterstatterin: **Laura Weber**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 6. Sitzung am 12. März 2024 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:  
CSU: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
AfD: Zustimmung  
B90/GRÜ: Enthaltung  
SPD: Zustimmung  
Zustimmung empfohlen.

**Bernhard Seidenath**  
Vorsitzender



## **Beschluss des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr, Thorsten Freudenberg, Stefan Meyer, Martin Mittag, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Carolina Trautner CSU,**

**Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 19/613, 19/1853

### **Patientensouveränität stärken, Unabhängige Patientinnen- und Patientenberatung in Bayern ausbauen**

Der Landtag stellt fest, dass eine unabhängige Patientenberatung eine zentrale Rolle für eine Stärkung der Patientensouveränität spielt.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

- bei der Ausgestaltung der regionalen Informations- und Beratungsangebote der Stiftung Unabhängige Patientenberatung Deutschland (Stiftung UPD) die besondere Situation in Flächenstaaten berücksichtigt wird und in Bayern vier Beratungsstellen der Stiftung geschaffen werden,
- die Stiftung schnellstmöglich wieder ihre so wichtige Arbeit im Sinne der Patientinnen und Patienten aufnimmt,
- die Information und Beratung der Patientinnen und Patienten durch die Stiftung entsprechend den gesetzlichen Vorgaben barrierefrei erfolgt und die Informations- und Beratungsangebote über die derzeit verfügbare Onlineberatung hinaus noch leichter und umfassender digital zugänglich werden, insbesondere für Menschen, die die Angebote bislang nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten wahrnehmen können.

Die Präsidentin

I.V.

**Tobias Reiß**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Wir haben vor der Mittagspause noch einen kurzen Tagesordnungspunkt abzuwickeln, den **Tagesordnungspunkt 5:**

**Abstimmung**

**über Verfassungsstreitigkeiten, anschließend eine Europaangelegenheit und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion, die Fraktionen von FREIEN WÄHLERN und CSU und die AfD-Fraktion. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Enthaltungen? – Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Wir kommen zur Mittagspause und beginnen wieder um 13:10 Uhr.

(Unterbrechung von 12:42 bis 13:13 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir nehmen die Sitzung nach der Mittagspause wieder auf. Ich darf Sie alle ganz herzlich begrüßen. Bevor wir in den Tagesordnungspunkt 6 einsteigen, gebe ich noch die Ergebnisse der vorhin durchgeführten Wahlen eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags sowie eines Schriftführers bekannt.

Ich komme zunächst zur Wahl eines Vizepräsidenten – Tagesordnungspunkt 3: Ge wählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben sich 160 Abgeordnete beteiligt. Es war keine Stimme ungültig. Auf

Herrn Abgeordneten Benjamin Nolte entfielen 28 Ja-Stimmen und 129 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten haben sich 3 Abgeordnete. Damit hat der Abgeordnete Benjamin Nolte nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht.

Nun gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags – Tagesordnungspunkt 4 – bekannt: Auch hier ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 164 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig war 1 Stimme. Auf Herrn Abgeordneten Oskar Atzinger entfielen 26 Ja-Stimmen und 134 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten haben sich 3 Abgeordnete. Damit ist Herr Abgeordneter Oskar Atzinger nicht mit der erforderlichen Mehrheit der Stimmen gewählt. Die Tagesordnungspunkte 3 und 4 sind damit erledigt.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die Verfassungsstreitigkeiten, eine Europaangelegenheit und nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen  
oder  
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder  
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Verfassungsstreitigkeiten**

1. Meinungsverschiedenheit (Vf.13-VIII-17 Bayerischer Verfassungsgerichtshof) zwischen der Antragstellerin Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag und den Antragsgegnerinnen 1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag 2. Bayerische Staatsregierung vom 1. August 2017 über die Frage, ob Art. 5 Abs. 1 Satz 1, Art. 8 Abs. 1 Satz 1, Art. 9, 10 Abs. 1, Art. 11 Abs. 2 Satz 3, Abs. 3 Nrn. 1 und 2, Art. 12 Abs. 1, Art. 13, 15 Abs. 2 und 3, Art. 16 Abs. 1, Art. 17 Abs. 2 Satz 1, Art. 18 Abs. 1, Art. 19 Abs. 1, Art. 20 Abs. 1, Art. 23 Abs. 1 Sätze 1 und 3, Art. 25 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1 Nrn. 2 und 3, Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 Nrn. 2 und 3 des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes (BayVSG) vom 12. Juli 2016 (GVBl. S. 145, BayRS 12-1-I) sowie Art. 30 Abs. 3 des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) vom 23. Juli 1993 (GVBl. S. 498, BayRS 204-1-I), das zuletzt durch § 2 des Gesetzes vom 24. Juli 2017 (GVBl. S. 388) geändert worden ist, die Bayerische Verfassung verletzen

PII-G1310.17-0010  
Drs. 19/1574 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU

FREIE  
WÄHLER

AfD

GRÜ

SPD



2. Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit  
(Vf. 34-VII-20 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)
  1. des Bayerischen Infektionsschutzgesetzes (BayIfSG) vom 25. März 2020 (GVBl. S. 174, BayRS 212-3-G),
  2. der Zweiten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (2. BayIfSMV) vom 16. April 2020 (GVBl. S. 214, BayRS 2126-1-5-G), die durch Verordnung vom 21. April 2020 (GVBl. S. 222) geändert worden ist,
  3. der Dritten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (3. BayIfSMV) vom 1. Mai 2020 (BayMBI Nr. 239, BayRS 2126-1-7-G)

PII-G1310.20-0013

Drs. 19/1575 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

<b>CSU</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>AfD</b>	<b>GRÜ</b>	<b>SPD</b>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<b>ENTH</b>	<b>ENTH</b>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit  
(Vf. 57-VII-21 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)  
desArt. 82 Abs. 1 und 2 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung  
der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBl. S. 588, BayRS 2132-1-B),  
die zuletzt durch § 4 des Gesetzes vom 25. Mai 2021 (GVBl. S. 286) geändert  
worden ist

PII-G1310.21-0023

Drs. 19/1578 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

<b>CSU</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>AfD</b>	<b>GRÜ</b>	<b>SPD</b>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<b>A</b>	<input type="checkbox"/>

4. Meinungsverschiedenheit (Vf.3-VIII-22 Bayerischer Verfassungsgerichtshof) zwischen der Antragstellerin BayernSPD-Landtagsfraktion und den Antragsgegnerinnen 1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag 2. FREIE WÄHLER Landtagsfraktion 3. Bayerische Staatsregierung vom 25. Februar 2022 über die Frage, ob § 1 Nrn. 5, 6 Buchst. a, Nrn. 12, 18, 19 Buchst. a, Nr. 37 des Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgaben- gesetzes und weiterer Rechtsvorschriften vom 23. Juli 2021 (GVBl. S. 418) die Bayerische Verfassung verletzen

PII-G1310.22-0002  
Drs. 19/1580 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A

5. Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit (Vf. 7-VII-22 Bayerischer Verfassungsgerichtshof) 1. des Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen vom 23. Juli 2021 (GVBl. S. 432), 2. des § 1 Nr. 2 der Verordnung zur Änderung der Bayerischen Schulordnung und weiterer Verordnungen vom 8. Juli 2021 (GVBl. S. 479)

PII-G1310.22-0018  
Drs. 19/1581 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>

6. Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit  
(Vf. 8-VII-22 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)  
des Art. 1 Abs. 2 i. V. m. Art. 1 Abs. 3 des Bayerischen Grundsteuergesetzes  
(BayGrStG) vom 10. Dezember 2021 (GVBl. S. 638, BayRS 611-7-2-F)

PII-G1310.22-0006  
Drs. 19/1583 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

7. Meinungsverschiedenheit (Vf. 11-VIII-22 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)  
zwischen der Antragstellerin  
Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag  
und den Antragsgegnern  
1. Bayerischer Landtag  
2. Bayerische Staatsregierung  
3. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag  
4. Fraktion Freie Wähler im Bayerischen Landtag  
vom 19. Juli 2022 über die Frage, ob das Gesetz über die Feststellung des  
Haushaltspol des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2022  
(Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) vom 22. April 2022 (GVBl. S. 102) die  
Bayerische Verfassung verletzt

PII-G1310.22-0011  
Drs. 19/1584 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

8. Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit  
(Vf. 15-VII-22 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)  
der § 4 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und § 23 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags  
(JMStV) vom 13. September 2002 (GVBl. 2003 S. 147, BayRS 02-21-S),  
zuletzt geändert durch Art. 2 des Vertrags vom 14. Dezember 2021  
(GVBl. 2022 S. 313, 396)  
und  
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit  
(Vf. 16-VII-22 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)  
der § 24 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. c und f des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags  
(JMStV) vom 13. September 2002 (GVBl. 2003 S. 147, BayRS 02-21-S),  
zuletzt geändert durch Art. 2 des Vertrags vom 14. Dezember 2021  
(GVBl. 2022 S. 313, 396)

PII-G1310.22-0014  
Drs. 19/1586 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

9. Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit  
(Vf. 18-VII-22 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)  
der Art. 11, 15 und 16 des Bayerischen Hochschulinnovationsgesetzes  
(BayHIG) vom 5. August 2022 (GVBl. S. 414, BayRS 2210-1-3-WK)

PII-G1310.22-0019  
Drs. 19/1587 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

10. Meinungsverschiedenheit (Vf. 19-VIII-22 Bayerischer Verfassungsgerichtshof zwischen der Antragstellerin Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag und den Antragsgegnern 1. Bayerische Staatsregierung 2. Bayerischer Landtag vom 8. Dezember 2022 über die Frage, ob die Art. 11, 15 und 16 des Bayerischen Hochschulinnovationsgesetzes (BayHIG) vom 5. August 2022 (GVBl. S. 414, BayRS 2210-1-3-WK) die Bayerische Verfassung verletzen

PII-G1310.22-0020  
Drs. 19/1588 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

11. Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit (Vf. 22-VII-22 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)
1. der Anlage 1 – Besoldungsgruppe R 2 Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht und Besoldungsgruppe R 3 Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof – zu Art. 46 Satz 1 des Bayerischen Besoldungsgesetzes (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 764, BayRS 2032-1-1-F), das zuletzt durch Art. 130 b des Gesetzes vom 5. August 2022 (GVBl. S. 414) geändert worden ist,
  2. der Anlagen 1 und 11 „a. F.“ – Besoldungsgruppe R 2 Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht und Besoldungsgruppe R 3 Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof – zu Art. 104 Abs. 1 und 2 des Bayerischen Besoldungsgesetzes (BayBesG) „a. F.“ vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 764, BayRS 2032-1-1-F)

PII-G1310.22-0017  
Drs. 19/1589 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

12. Verfassungsstreitigkeit (Vf. 15-IVa-23 Bayerischer Verfassungsgerichtshof) zwischen den Antragstellern Klaus Adelt, MdL, und weitere 69 Landtagsabgeordnete und dem Antragsgegner Bayerischer Landtag vom 14. April 2023 über die Frage, ob der Antragsgegner durch den Beschluss vom 7. März 2023, mit dem der Beweisantrag Nr. 9 abgelehnt wurde, und den weiteren Beschluss vom 7. März 2023, mit dem der Beweisantrag Nr. 11 abgelehnt wurde, die Rechte der Antragsteller aus Art. 25 Abs. 4 BV verletzt hat

PII-G1310.23-0004  
Drs. 19/1590 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

13. Verfassungsstreitigkeit (Vf. 36-IVa-22 Bayerischer Verfassungsgerichtshof) zwischen der Antragstellerin Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag und dem Antragsgegner Bayerischer Landtag über die Frage, ob der Antragsgegner dadurch, 1. „dass der Antragsgegner alle von der Antragstellerin vorgeschlagenen Kandidaten zur Besetzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums ohne sachlichen Grund abgelehnt hat“, 2. „dass die Durchführung eines ordnungsgemäße(n) Moderationsverfahren(s) ohne sachlichen Grund abgelehnt worden ist“, 3. „dass sich das parlamentarische Kontrollgremium ohne Beteiligung der Antragstellerin am 22.01.2019 konstituiert hat“, verfassungsmäßige Rechte der Antragstellerin verletzt hat, sowie dadurch, „dass der Antragsgegner es einem Vertreter der Antragstellerin unmöglich macht, Rechte und Pflichten als Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums wahrzunehmen“, verfassungsmäßige Rechte der Antragstellerin verletzt

PII-G1310.22-0008  
Drs. 19/1591 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

**Europaangelegenheit**

14. Konsultationsverfahren der Europäischen Union  
Allgemeine und berufliche Bildung, Beschäftigung und Soziales  
Hilfe für die am stärksten benachteiligten Personen –  
Evaluierung des FEAD 2014-2020  
14.02.2024 - 08.05.2024  
Drs. 19/733, 19/1904

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Die EU-Konsultation wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

**Anträge**

15. Antrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn,  
Ramona Storm und Fraktion (AfD)  
Banzai: Mehr Japan wagen – Fleiß, Disziplin und  
Leistungsbereitschaft an Schulen endlich wieder durchsetzen!  
Drs. 19/435, 19/1798 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,  
Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Für eine aktive Rolle Bayerns in der Max-Planck-Gesellschaft  
Drs. 19/447, 19/1788 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Versprechen halten, Kulturschaffende bei Corona-Rückzahlungen beraten  
Drs. 19/495, 19/730

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

**Der Antrag wurde für erledigt erklärt.**

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Ganzjährige Schonzeit für den Eichelhäher  
Drs. 19/502, 19/1789 (A)

**Über den Antrag wird einzeln beraten.**

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Untersuchung von Skipisten und Langlaufpisten auf polyfluorierte Tenside (PFC)  
Drs. 19/531, 19/1790 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bericht zur Arbeit von Strafverfolgungsbehörden und Justiz im sogenannten Badewannen-Mordfall  
Drs. 19/532, 19/1791 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

21. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)  
Konsequenter Tierschutz endlich umsetzen!  
Import von geschächteten Fleischprodukten beenden!  
Drs. 19/541, 19/1860 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

22. Antrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Endverbraucher vor Smart Meter-Zwang schützen!  
Freie Stromzählerwahl für selbstbestimmte Bürger!  
Drs. 19/543, 19/1856 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

23. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Abschaffung des Asylgrundrechts: „Migration ist kein Menschenrecht“  
Drs. 19/544, 19/1855 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

24. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Keine weitere Wohnkostenbelastung – EU-Gebäuderichtlinie stoppen!  
Drs. 19/547, 19/1797 (A)

**Über den Antrag wird einzeln beraten.**

25. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,  
Dr. Simone Strohmayer, Anna Rasehorn u.a. SPD  
Umsetzung des Startchancen-Programms des Bundes in Bayern  
Drs. 19/550, 19/1861 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller AfD  
Überlastung in der steuerlichen Rechtsberatung verhindern und  
Unternehmen vor Rückzahlungen schützen - Fristverlängerung für  
Schlussabrechnungen der Coronahilfen  
Drs. 19/554, 19/731

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

**Der Antrag wurde für erledigt erklärt.**

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,  
Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Für eine starke Demokratie: Empowerment von Lehrkräften  
und Schulen in ihrem demokratischen Auftrag  
Drs. 19/565, 19/1799 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,  
Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Sichere Schulen sind Orte des Vertrauens für Kinder und Jugendliche –  
schulische Schutzkonzepte zur Vorbeugung und Aufarbeitung von  
sexuellen Missbrauchsfällen und Gewalthandlungen jetzt zügig in  
Bayern einführen  
Drs. 19/567, 19/1862 (A)

**Über den Antrag wird einzeln beraten.**

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Versprechen gegenüber Freyung einhalten:  
Bayerisches Registergericht nach Niederbayern!  
Drs. 19/571, 19/1792 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ohne				

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

30. Antrag der Abgeordneten Markus Walbrunn, Oskar Atzinger, Ramona Storm und Fraktion (AfD)  
Große Sprachmodelle und ihre Potenziale an bayerischen Schulen nutzen – Übergangsphase zur systematischen Erprobung implementieren  
Drs. 19/572, 19/1800 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A				

31. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Petra Guttenberger, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Heimatstrategie konsequent forsetzen: Fortbildungs- und Tagungszentrum der Bayerischen Polizei in Freyung  
Drs. 19/573, 19/1771 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

32. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Vorgaben für AVAS (Acoustic Vehicle Alert System) für E-Autos ändern!  
Drs. 19/574, 19/1794 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

33. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU  
Anhörung zu den wirtschafts- und energiepolitischen Auswirkungen des verfassungswidrigen Bundeshaushalts  
Drs. 19/596, 19/1857 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

34. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Bericht über den Verbleib im Medizinerberuf  
Drs. 19/611, 19/1852 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

35. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Patientensouveränität stärken, Unabhängige Patientinnen- und Patientenberatung in Bayern ausbauen  
Drs. 19/613, 19/1853 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------	--------------------------

36. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Thomas Huber u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
„M1“ jetzt! Neue Vorsorgeuntersuchung für Mädchen einführen  
Drs. 19/614, 19/1854 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

37. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Petra Högl u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Bericht zu Neuen Genomischen Techniken (NGT)  
Drs. 19/615, 19/1859 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

38. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner,  
Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU,  
Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a.  
und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Erhalt der Bahnhofsmisionen  
Drs. 19/625, 19/1858 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

<b>CSU</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>AfD</b>	<b>GRÜ</b>	<b>SPD</b>
------------	-------------------------	------------	------------	------------

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

39. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner,  
Martin Wagle, Konrad Baur u.a. CSU,  
Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a.  
und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Regelbetrieb Gotteszell-Viechtach  
Drs. 19/626, 19/1793 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

<b>CSU</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>AfD</b>	<b>GRÜ</b>	<b>SPD</b>
------------	-------------------------	------------	------------	------------

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------